

## Antrag 2024/I/Innen/2

### Kreis Bergedorf

#### Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid\*innen in den Irak!

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und den 2. Forderungspunkt an den  
2 Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

3 1. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, einen sofortigen Abschie-  
4 bestopp für Jesid\*innen in den Irak zu verhängen. 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufge-  
5 fordert a) zu prüfen, ob die Frist, bis zu der Jesid\*innen in Deutschland automatisch Schutz  
6 erhalten haben, bis zum 31.12.2024 verlängert werden kann und falls nicht, eine neue Stichtags-  
7 regelung zu schaffen, die einen ähnlichen Schutz gewährleistet. b) zu prüfen, ob ein genereller  
8 bundesweiter Abschiebestopp über diese Frist hinaus möglich ist und wenn ja, ihn zeitnah im  
9 Bundestag zu beschließen.

#### 10 **Begründung**

11 2014 tötete der IS im Nordirak schätzungsweise 5.000 Jesid\*innen. Tausende Frauen und Kin-  
12 der wurden verschleppt, versklavt oder vergewaltigt. Zwischen 2014 und 2017 galten Jesid\*in-  
13 nen als verfolgt und akut gefährdet. Dadurch hatten sie in Deutschland einen fast sicheren  
14 Anspruch auf Asyl. Seit 2017 gilt der IS im Nordirak als vertrieben. Doch sicher ist der Nordirak  
15 nicht. Zwar spielt die Terrormiliz in der Region keine große Rolle mehr, doch gibt es in der Region  
16 immer wieder bewaffnete Kämpfe um die Vorherrschaft zwischen unterschiedlichen Gruppen.  
17 Frieden gibt es im Nordirak nicht und wird es vermutlich auch nicht in näherer Zukunft geben.  
18 In diesem Umfeld besteht gerade für Jesid\*innen, die im Irak kaum als gleichwertige Mitglieder  
19 der Gesellschaft akzeptiert werden, weiterhin Lebensgefahr. Die Abschiebung von Jesid\*innen  
20 in den Irak ist unmittelbar auch die Abschiebung von Menschen in einen Staat, welcher ihnen  
21 keine Menschenrechte verspricht. Zu Beginn des Jahres hatte die Bundesregierung den Völker-  
22 mord an den Jesid\*innen anerkannt, noch im Frühjahr Abschiebungen in den Irak als unzumut-  
23 bar bezeichnet. Spätestens aus der Einstufung als Genozid ergibt sich daher ein humanitäres  
24 Bleiberecht. Menschen, die erst Jahre nach dem Genozid, aber genauso aus einer humanitä-  
25 ren Notlage heraus geflohen sind, bekommen in Deutschland keinen pauschalen Schutz mehr.  
26 Nun bestimmen Einzelfallentscheidungen von Gerichten, ob ein\*e Jesid\*in in den Irak abge-  
27 schoben wird oder nicht, da ein Lagebild des Auswärtigen Amtes in Teilen des Iraks nicht mehr  
28 von einer gruppenmäßigen Verfolgung der Jesid\*innen ausgeht. Diese Einzelentscheidungen  
29 können und dürfen nicht der Weg sein! Jesid\*innen, die von einer Abschiebung in den Irak be-  
30 troffen sind, verlieren ihr Zuhause, ihre Peers, ihre Sicherheit und Menschenrechte. Die Länder  
31 Berlin und Nordrhein-Westfalen und Berlin haben auf Länderebene bereits Abschiebestopps  
32 beschlossen, in NRW gilt dieser speziell für Jesid\*innen. Wir brauchen diesen Abschiebestopp  
33 bundesweit, nun muss aber auch Hamburg zügig vorangehen und Jesidisches Leben schützen.